



Presseschau vom 15.02.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Sergei Lawrow im Interview: EU stellt unsere Geduld und guten Willen auf die Probe – Teil 1**

Russlands Außenminister Sergei Lawrow stellte sich am 11. Februar in einem langen Interview den Fragen des bekannten Moderators Wladimir Solowjow für dessen YouTube-Kanal "Solowjow-Live". Dabei ging es hauptsächlich um die immer schlechter werdenden Beziehungen zur EU, wofür Lawrow deutliche Worte fand. ...

<https://kurz.rt.com/2fb5>

Leo Ensel: **"Transatlantisch? Traut Euch!" – Die zarteste Versuchung, seit es die NATO gibt**

Punktgenau zur Amtseinführung Joe Bidens wurde ausgerechnet von der Heinrich-Böll-Stiftung ein Strategiepapier transatlantischer Thinktanks präsentiert, das für eine "Neue Übereinkunft zwischen Deutschland und Amerika" plädiert: "Zügig, ambitioniert und schwer umkehrbar!" ...

<https://kurz.rt.com/2f86>

Natalia Pawlowa: **Energie der Zukunft: Leistungsstärkster Neutronenreaktor in Russland gestartet**

Das Nationale Forschungszentrum Kurtschatow-Institut in Gatschina bei St. Petersburg hat einen PIK-Hochflussreaktor gestartet. Er wird für lange Zeit die mächtigste Neutronenquelle

der Welt sein. Die Anlage wurde bereits im Power-Modus in Betrieb genommen. Die volle Kapazität soll 2022 erreicht werden. ...

<https://snanews.de/20210215/neutronenreaktor-russland-gestartet-912067.html>

de.rt.com: **Kein Geld zum Heizen: Zwei Millionen Deutsche frieren in eigenen Wohnungen**

Die winterliche Kältewelle hat wieder viele Menschen in Deutschland erwischt. Schon im Jahr 2019 konnten rund zwei Millionen Deutsche aus finanziellen Gründen ihre Wohnungen nicht angemessen heizen. Dies geht aus jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes hervor.

...

<https://kurz.rt.com/2fc4>

Armin Siebert: Wie hoch ist das Infektionsrisiko in Innenräumen?

Beim Friseur, beim Einkaufen, im Kino: Eine Studie vergleicht das Infektionsrisiko für verschiedene Innenräume, mit klaren Aussagen. Andere Experten teilen nicht alle von ihnen. Wie schwer es ist, die echte Welt in Modelle zu pressen. ...

<https://snanews.de/20210215/infektionsrisiko-innenraeume-studie-919074.html>

abends/nachts:

de.rt.com: **Macron: Russische und chinesische Impfstoffe nötig, um "Weltkrieg" gegen Corona zu gewinnen**

Emmanuel Macron spricht von einem "Weltkrieg" gegen die COVID-19-Pandemie. Und dieser sei ohne Impfstoffe aus Russland und China kaum zu gewinnen, so der französische Präsident gegenüber einer Zeitung.

Die Welt brauche Impfstoffe, die in Russland und China entwickelt wurden, um den Kampf gegen COVID-19 zu gewinnen, sagte Emmanuel Macron gegenüber Le Journal du Dimanche. Die globalen Bemühungen seien ein Rennen gegen die Zeit, da das Virus ständig mutiere, so der französische Präsident in dem Sonntagsblatt.

"Wir müssen mit den Chinesen und den Russen zusammenarbeiten, damit die von ihren Wissenschaftlern entwickelten Impfstoffe in diese große multilaterale Anstrengung gegen die Pandemie eingebunden werden – sobald sie von der WHO die notwendigen Zertifizierungen erhalten haben."

Macron bezog sich dabei auf den "ACT- Accelerator" der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der im vergangenen April ins Leben gerufen wurde und sicherstellen soll, dass der Zugang zu Mitteln, die für die Bekämpfung von COVID-19 notwendig sind, global und gleichermaßen verfügbar ist.

Ein wesentlicher Bestandteil des WHO-Programms ist COVAX (COVID-19 Vaccines Global Access), ein Mechanismus zur gemeinsamen Nutzung von WHO-verifizierten Impfstoffen, der auch ärmeren Ländern Zugang zu den Impfmitteln verschaffen soll. Die Teilnehmer des ACT-Accelerators hielten am Wochenende ein Online-Treffen ab, um die Fortschritte zu diskutieren. Neben Macron nahmen daran auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen teil.

Macron sagte, dass eine kollektive globale Anstrengung notwendig sei, um das Coronavirus einzudämmen, das sich als fähig erwiesen habe, schnell zu mutieren und neue, gefährlichere Stämme zu produzieren. Dies, so der französische Präsident, mache den Kampf gegen die Pandemie "zu einem Weltkrieg".

Bereits vor zwei Wochen hatte Frankreichs Impfprogramm-Koordinator Alain Fischer erklärt, es gebe keinen Grund für Brüssel, die Verwendung der von Russland oder China entwickelten Impfstoffe nicht in Betracht zu ziehen, wenn deren Sicherheit und Wirksamkeit nachgewiesen

wurden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6029604fb480cc66f125ae7d.jpg>

de.rt.com: **Allweißrussische Volksversammlung: Weißrussland sollte kein neutrales Land mehr bleiben**

Zum sechsten Mal tagte am Wochenende die Allweißrussische Volksversammlung in Minsk. Diesmal sollte sie über Verfassungsänderungen beraten, um die Wege aus der politischen Krise zu finden. Die Opposition und der Westen betrachten die Volksversammlung als "nicht inklusiv".

In Minsk fand die Allweißrussische Volksversammlung (AVV) statt – zum sechsten Mal in den 26 Jahren, seit Präsident Alexander Lukaschenko an der Macht ist. Teilgenommen haben Vertreter der Regierung und anderer Machtorgane, Berufsverbände, Leiter und Mitarbeiter von Unternehmen, Persönlichkeiten der Wissenschaft und Kultur. Nach Meinung der Organisatoren ist die Versammlung eine der wichtigsten Formen der Volksmacht in der Republik Belarus. An der Veranstaltung nahmen 2.700 Delegierte und 300 Gäste teil. Deren Einberufung hat Präsident Lukaschenko während der Hochphase der Massenproteste im September verkündet. Aus seiner Sicht war das der wichtigste Schritt zur Beilegung der politischen Krise im Land. Bei der Versammlung sollte es darum gehen, die politischen Ideen zur künftigen Verfassungsänderung zu sammeln. Diese sollte Kompetenzen innerhalb der Machtstrukturen zugunsten des Parlaments und Parteien verschieben. Die Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und geopolitischen Orientierung standen ebenso auf der Agenda.

Direkt nach den Präsidentschaftswahlen am 9. August fanden in Weißrussland mehrwöchige Massenproteste gegen den langjährigen Präsidenten und Wahlgewinner Alexander Lukaschenko statt. Die Kandidatin der Opposition, Swetlana Tichanowskaja, erhielt offiziell nur gut zehn Prozent der Stimmen. Die Opposition sammelte Hinweise einer Wahlmanipulation und erkennt die Wahlergebnisse nicht an. Juristisch konnte die Wahl jedoch nicht angefochten werden.

Ein Dialog zwischen dem Amtsinhaber und Vertretern der Opposition kam nicht zustande. Die Staatsmacht warf den Protestanführern den Versuch eines Staatsstreichs vor und ließ einige von ihnen inhaftieren. Swetlana Tichanowskaja und mehrere andere Regierungsgegner setzten sich ins Ausland ab und forderten Sanktionen gegen Lukaschenko und seine Regierung. EU und USA erkannten die Wahlergebnisse nicht an und bezeichnen Lukaschenko offiziell als "Machthaber". Sie führten Sanktionen gegen leitende Beamte des Staates, des Sicherheitsapparates und mehreren Staatsunternehmen ein und sicherten der Opposition politische und finanzielle Unterstützung zu.

Bei der Versammlung teilte Lukaschenko mit, dass das Projekt der neuen Verfassung im Laufe des Jahres ausgearbeitet wird, Anfang nächsten Jahres soll dann ein Referendum über die Verfassungsänderungen stattfinden. Dafür sollte aber die Lage im Land friedlich bleiben, betonte der Präsident. Seit Langem steht er in der Kritik, das Land autoritär zu regieren. Gegen die Demonstranten setzte Lukaschenko massive Polizeigewalt ein, landesweit gab es Tausende Festnahmen.

Vertreter der prowestlichen Opposition haben erwartungsgemäß die Resultate der Allweißrussischen Volksversammlung nicht anerkannt. Diese bilde nicht die ganze weißrussische Gesellschaft ab, so einer der Vorwürfe. RT DE sprach mit einem der AVV-Teilnehmer, dem Politikwissenschaftler Alexei Dsermant, und fragte, inwieweit es möglich sei, eine politische Plattform zu entwickeln, die sowohl von der Regierung als auch von der Opposition gleichermaßen anerkannt werden könnte.

Der Experte unterscheidet dabei zwischen radikalen und gemäßigten Oppositionellen. "Die Radikalen sitzen im Ausland und bewerten alles nur negativ". Es habe bei der Volksversammlung jedoch zwei Auftritte von Oppositionellen gegeben. Das bedeutet, dass eine Integration von Teilen der gemäßigten Opposition möglich sei. Juri Woskresenski, der den Wahlstab des derzeit inhaftierten ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Juri Babariko leitete, rief Lukaschenko zur Amnestie auf. Damit habe er "die Niederlage der radikalen Opposition anerkannt", so Dsermants Einschätzung. Das Forum habe gezeigt, dass die Regierung auch angesichts des Drucks der westlichen Staaten keine Angst hat.

Dsermant wies auch darauf hin, dass Lukaschenko und der Außenminister Wladimir Makej weitere Zeichen zur engeren Integration mit Russland setzten. Makej galt lange Zeit als Vertreter der prowestlichen Eliten im Umfeld Lukaschenkos. Doch ausgerechnet er hat nun verkündet, dass der neutrale Status und die sogenannte multivektorale Politik Weißrusslands nun überholt seien. Es müsse in der Verfassung auf Neutralitätsklauseln verzichtet werden. Russland wird als strategischer Verbündeter in der Politik, Wirtschaft und im militärischen Bereich bezeichnet. Auf die Länder der Eurasischen Wirtschaftsunion müsse nun statt ein Drittel die Hälfte der Exporte fallen. Auch mit China müsse in Zukunft mehr kooperiert werden. Im Auftrag des Außenministeriums verpflichtete sich Makej, eine neue außenpolitische Doktrin des Landes zu entwickeln.

Alexander Lukaschenko ist bekannt für seine stundenlangen Auftritte. Auch diesmal hat er eine vierstündige Rede gehalten. Die Kritik aus dem Westen wies er zurück. Weißrussland sei erneut zum Objekt politischer und wirtschaftlicher Sanktionen geworden, und wieder werde unter dem Slogan der Demokratisierung der Ruf nach wirtschaftlicher Strangulierung laut. Lukaschenko bemerkte:

"Nach der Erstürmung des Capitol Hills und der gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen in Polen, Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden, und der Inhaftierung von Menschen, haben sie weder das politische noch das moralische Recht, uns oder anderen zu sagen, wie wir leben und unser Land regieren sollen."

Wie wurde die Volksversammlung im Ausland bewertet? Traditionell kommentiert der Kreml die Ereignisse im Nachbarland spärlich. Auch diesmal enthielt sich Moskau eines bewertenden offiziellen Kommentars, obwohl bei der Versammlung viele hochrangige Gäste aus Russland anwesend waren.

"Es gibt einen Eingriff. Es gibt Informationen über politische und finanzielle Unterstützung der Opposition aus dem Ausland. Aus dem Ausland kommt nie etwas Gutes", sagte der russische Präsident Wladimir Putin noch früher zur Situation in Weißrussland und betonte, dass man das weißrussische Volk im Inneren sich mit seinen eigenen Problemen beschäftigen lassen sollte.

Washington hat die AVV erwartungsgemäß kritisiert. Die USA glauben nicht, dass die sechste gesamtbelarussische Volksversammlung eine objektive Position der Bürger von Belarus widerspiegelt. Dies meldete der Pressedienst der US-Botschaft in Minsk. Nach Ansicht der

Diplomaten wird sie nicht zur Verbesserung der politischen Situation im Land beitragen. "Die Allbelarussische Volksversammlung ist keine inklusive Plattform, die wirklich die Ansichten der belarussischen Gesellschaft repräsentiert, und deshalb trägt sie nicht zur Lösung der aktuellen politischen Krise im Land bei", heißt es in einer Erklärung auf der Website der US-Botschaft.



<https://cdn.rttom.de/deutsch/images/2021.02/article/60284499b480cc7667717358.jpg>

snews.de: **Proteste gegen Militärputsch in Myanmar: Schüsse auf Demonstranten im Norden**

Bei einer Demonstration gegen den Militärputsch sollen Sicherheitskräfte am Sonntagabend (Ortszeit) in Myitkyina im Norden von Myanmar auf die Teilnehmer geschossen haben. In der größten Stadt Rangun sind laut Augenzeugen zahlreiche Panzer eingefahren.

Auf Videos, die auf Twitter verbreitet wurden, war zu sehen, wie Menschen in Panik auseinanderliefen. Ob es Verletzte gab und ob es sich um scharfe Munition oder um Gummigeschosse handelte, war zunächst unklar.

Mehrere Journalisten, die das Vorgehen der Armee filmten, seien festgenommen worden, berichteten der lokale Journalist Mratt Kyaw Thu und andere Beobachter. Viele User forderten die internationale Gemeinschaft in sozialen Netzwerken verzweifelt auf, Myanmar zu helfen.

In der größten Stadt Rangun fuhren am Abend (Ortszeit) zahlreiche Panzer ein, wie ein Augenzeuge der Deutschen Presse-Agentur berichtete. Entsprechende Fotos waren auch in sozialen Netzwerken zu sehen. Das Internet sollte auf Anweisung der Armee die ganze Nacht gesperrt werden, schrieb die Zeitung „The Irrawaddy“. „Die Leute befürchten Schlimmes“ sagte der Augenzeuge. In der Vergangenheit hatte das Militär jeden Widerstand brutal niedergeschlagen.

Zuvor waren erneut Zehntausende Menschen gegen den Putsch und die Militärjunta auf die Straße gegangen. Die Armee hatte sich im früheren Birma in der Nacht zum 1. Februar zurück an die Macht geputscht und die De-Facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi sowie zahlreiche weitere Politiker in Gewahrsam genommen. Die Junta verhängte anschließend einen einjährigen Ausnahmezustand und ernannte ein neues Kabinett.

Vor der US-Botschaft in Rangun versammelte sich wie schon am Samstag eine Menschenmenge, um die harte Haltung Washingtons gegen die Putschisten zu unterstützen. Präsident Joe Biden hatte am Mittwoch im Weißen Haus Sanktionen gegen die führenden Generäle und mit ihnen verbundene Unternehmen angekündigt.

„Helft Myanmar“, „Wir wollen keine Diktatur“ und „Respektiert unsere Stimmen“ war zuvor in Rangun (heute offiziell Yangon) auf Transparenten in englischer Sprache unter anderem zu

lesen. Das Portal „Eleven Myanmar“ meldete am neunten Protesttag in Folge auch Demonstrationen aus den Städten Mawlamyaing, Muse, Magway, Taunggi und Mandalay.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/0e/908934_0:317:3078:2048_1440x0_80_0_0_a27a04a494a2f7fc3d74d9b06dd35646.jpg

snaneews.de: „Überschießende Schritte“: Österreichs Regierung kritisiert deutsche Einreiseregeln

Die Regierung in Wien hat die verschärften deutschen Kontrollen an der Grenze zu Österreich scharf kritisiert. Dadurch soll es Schwierigkeiten auch für den innerösterreichischen Verkehr geben.

Außenminister Alexander Schallenberg warnte am Sonntag vor „überschießenden Schritten, die mehr schaden als nützen“. Das habe der konservative Minister seinem Berliner Kollegen Heiko Maas mitgeteilt. Außerdem werde der deutsche Botschafter Ralf Beste am Sonntag zu einem Gespräch im Wiener Außenministerium erwartet, berichtete die Nachrichtenagentur APA.

Wiens Innenminister Karl Nehammer beschwerte sich, dass die Reisebeschränkungen für Tirol den innerösterreichischen Verkehr zwischen Tirol und dem Osten Österreichs behinderten, weil die Strecke über das sogenannte Deutsche Eck in Bayern de facto gesperrt sei. Dies sei „inakzeptabel“. „Diese Maßnahme von Bayern ist unausgegoren und löst nur Chaos aus“, sagte der konservative Politiker.

Ziel der Grenzkontrollen ist, das Einschleppen von ansteckenderen Varianten des Coronavirus einzudämmen. Sowohl in Tschechien als auch in Tirol sind diese Varianten stärker verbreitet als in Deutschland. Deshalb dürfen aus den betroffenen Gebieten derzeit nur noch Deutsche sowie Ausländer mit Wohnsitz und Aufenthaltserlaubnis in Deutschland einreisen.

Ausnahmen gab es zunächst für medizinisches Personal, Lastwagenfahrer und landwirtschaftliche Saisonkräfte.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat die Verschärfung der Grenzkontrollen als notwendige Reaktion und „Entscheidungen zur Sicherheit und Gesundheit aller“ verteidigt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/0b/866687_0:50:3072:1778_1440x0_80_0_0_8ec2966e458867dd4f95508357dbfded.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 14. Februar 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

19:50 Uhr Nowoalexandrowka – **Kalinowo Borschtschewatoje**: Antipanzergranatwerfer (2 Granaten), automatische Granatwerfer (4 Granaten), Schusswaffen.

20:10 Uhr Nowoalexandrowka – **Kalinowo**: Antipanzergranatwerfer (4 Granaten), Schusswaffen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: Linke setzt sich bei Wahlen im Kosovo klar gegen die ehemaligen UÇK-Funktionäre durch

Die linke Reformbewegung Vetëvendosje (Selbstbestimmung) hat die Parlamentswahl im Kosovo deutlich für sich entschieden. Nach Auszählung von 97 Prozent der Stimmen kam die Partei des ehemaligen Bürgerrechtlers Albin Kurti auf 48 Prozent der Stimmen, teilte die Wahlkommission in Priština in der Nacht mit.

Die langjährige Regierungspartei PDK (Demokratische Partei des Kosovo), die aus der radikalen Miliz UÇK hervorgegangen war, errang 17 Prozent der Stimmen. Die zuletzt regierende konservative LDK (Demokratische Liga des Kosovo) kam auf 13 Prozent. Für die vom legendären Bürgerrechtler und Pazifisten Ibrahim Rugova (1944 – 2006) gegründete Partei war es das schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte. Die Wahlbeteiligung der knapp 1,8 Millionen Stimmberechtigten wurde von der Kommission mit 45,5 Prozent angegeben.

"Unsere Prioritäten sind Gerechtigkeit und Jobs", erklärte Kurti in der Wahlnacht vor Anhängern, die ihn am Sitz seiner Partei in Priština euphorisch feierten. "Der Weg vor uns ist lang, wir werden auch Fehler machen, aber unsere Ziele sind nobel", fügte er hinzu. Enver Hoxhaj, der Spitzenkandidat der PDK, gratulierte Vetëvendosje zum Wahlsieg. Isa Mustafa, der Vorsitzende der LDK, sagte, seine Partei werde das Wahlergebnis respektieren.

Der Ausgang des Urnengangs kommt den Wünschen vieler Kosovaren nach einem grundlegenden Wandel entgegen. Die von Kurti geführte Vetëvendosje hat vor allem jüngere und unverbrauchte Politiker um sich geschart. Zuletzt wechselte die Spitzenpolitikerin Vjosa Osmani von der LDK zur linken Reformpartei. Die amtierende Staatspräsidentin und

vormalige Parlamentspräsidentin kandidierte nun auf dem zweiten Listenplatz von Vetëvendosje. Sie könnte vom neuen Parlament zur regulären Staatspräsidentin gewählt werden.

Kurti hatte schon als Student in den 1990er Jahren Demonstrationen gegen die damalige serbische Herrschaft im Kosovo organisiert. Von Februar bis Juni 2020 war er bereits Regierungschef. Seine Amtszeit endete, nachdem der damalige Partner LDK die Koalition aufgekündigt und sich mit anderen Parteien zusammengetan hatte. Nach dem Wahlsieg strebt Kurti die Rückkehr ins höchste Regierungsamt an.

Allerdings hatte ihn die Wahlkommission von der Kandidatenliste seiner Partei gestrichen. Grund war eine Vorstrafe, die er sich 2018 wegen einer Tränengasattacke drei Jahre zuvor im Parlament eingehandelt hatte. Kurti ist der Auffassung, dass ihn das neue Parlament zum Ministerpräsidenten wählen kann, auch wenn er über kein Abgeordnetenmandat verfügt. Möglicherweise ist das aber von der Verfassung her nicht so klar.

Das heute fast ausschließlich von Albanern bewohnte Kosovo spaltete sich nach dem UÇK-Guerillakrieg und einer NATO-Intervention von Serbien ab. Danach stand es unter UN-Verwaltung, bis es sich 2008 für unabhängig erklärte. Mehr als 100 Länder, darunter Deutschland, nicht aber Russland und Serbien, haben die Republik Kosovo anerkannt. Der Urnengang am Sonntag besiegelte auch den Abgang jener alten Garde aus den Rängen der UÇK, die von den USA zunächst als Terrororganisation bezeichnet und später unter das NATO-Protectorat gestellt wurde. Die meisten Bürger machen sie heute für Misswirtschaft und Korruption verantwortlich. Ihre Hauptvertreter standen jedoch diesmal nicht mehr zur Wahl.

Hashim Thaçi, der ehemalige Kommandeur der UÇK und langjährige Vorsitzende der PDK, prägte als Ministerpräsident oder Präsident wie kein anderer die Politik im Kosovo. Seit November 2020 befindet er sich in der Untersuchungshaft des Kosovo-Sondertribunals in Den Haag. Zuvor war er als Präsident zurückgetreten, worauf Vjosa Osmani seine Amtsgeschäfte interimistisch übernahm. Die Anklage wirft Thaçi Kriegsverbrechen während des bewaffneten Aufstands der UÇK 1998/99 vor. Auch der PDK-Chef Kadri Veseli, der während des Krieges Geheimdienstchef der UÇK war, ist in Den Haag in Untersuchungshaft.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.02/article/602a291f48fbef595133f78b.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. Februar 3:00 Uhr bis 15. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der

Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Richtung Donezk: Antipanzergranatwerfer - einmal (4 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich **Spartak**.

Um 12:16 Uhr wurde eine Detonation infolge der Durchführung technischer Arbeiten im Gebiet von Marjinka registriert.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 4.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Zehn Jahre im Amt: Londons Regierungskater Larry feiert Jubiläum**

Seit genau zehn Jahren lebt Kater Larry, die „First Cat“, im Sitz des britischen Premierministers. Amtsinhaber Boris Johnson ist bereits der dritte Regierungschef, den [das 14-jährige Tier in 10, Downing Street](#) erlebt.

Larry trägt einen offiziellen Titel: „Chief Mouser“, also „Oberster Mäusefänger“ – wobei er seine Pflichten nicht so ernst nimmt – und hat einen [eigenen Twitter-Account](#).

„Zu seinen täglichen Aufgaben gehört auch, eine Lösung für das Mäuseproblem des Hauses zu finden“, heißt es auf der Internetpräsenz der Regierung. „Larry sagt, dies befinde sich noch in der Planungsphase.“ Stattdessen verbringe Larry seine Tage vor allem damit, „antike Möbel auf ihre Qualität als Orte für ein Nickerchen zu testen“.

Am 15. Februar 2011 wurde Larry, der zuvor in einem Londoner Tierheim gehalten wurde, vom damaligen Regierungschef David Cameron in den Amtssitz gebracht. Dort haben Kater eine lange Tradition – offizielle Dokumente reichen bis in die 1920er Jahre zurück. Der Überlieferung zufolge hielt bereits König Henry VIII., der von 1509 bis 1547 regierte, eine Katze.



<https://pbs.twimg.com/media/Eq6lf39XcAEHGTj?format=jpg&name=small>

Lug-info.com: In der LVR sind am 15. Februar um 9:00 Uhr 2871 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 2381 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 249 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 14. Februar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, weil das Labor gewartet und desinfiziert wird.

Am 15. Februar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 22.760 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7328 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 13.506 als gesund entlassen, es gibt 1926 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 33 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 9 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 18 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1151 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 476 mit Sauerstoffunterstützung (+7 in den letzten 24 Stunden).

de.rt.com: Erneuter israelischer Raketenangriff auf Syrien – Iran stellt "härteste Antwort" in Aussicht

Wieder flog die israelische Armee Angriffe auf syrisches Territorium. Bereits zuvor warnte Iran Tel Aviv vor dem Überschreiten "der roten Linien". Iran befände sich auf Wunsch der syrischen Regierung in diesem Land, um den Islamischen Staat zu bekämpfen, den Israel unterstütze.

Die israelische Armee hat erneut Ziele in Syrien angegriffen. Diesmal traf es nach aktuellen Medienberichten auch Außenbezirke der syrischen Hauptstadt Damaskus. Laut dem staatlichen syrischen Fernsehen seien Explosionen in der Hauptstadt zu hören gewesen. Aufnahmen von feuernden Luftabwehrbatterien bestätigen den erneuten Angriff, der israelischen Luftwaffe zugeschrieben wird. Demzufolge sei es der syrischen Luftabwehr gelungen, die meisten der aus dem Gebiet der Golanhöhen und aus Galiläa abgefeuerten Raketen abzufangen und zu zerstören.

Wie gewöhnlich wurden seitens des israelischen Militärs keine konkreten Angaben über die Angriffe gemacht. Israel greift routinemäßig Ziele in Syrien an, um nach offiziellen Angaben gegen Stellungen der libanesischen Hisbollah und weitere mit Teheran verbündete Milizionäre sowie feindliche iranische Aktivitäten vorzugehen. Demzufolge wolle man verhindern, dass Teheran seinen Einfluss in der Region weiter ausbaut. Ende Dezember erklärte die israelische Armee, dass im Jahr 2020 insgesamt 50 Ziele in Syrien angegriffen worden wären. Nähere Angaben über die konkreten Ziele wurden nicht gemacht.

Bereits vor den jüngsten Angriffen der israelischen Verteidigungskräfte (IDF) hatte die iranische Führung ungewöhnlich scharf Stellung bezogen.

So verurteilte Ali Asghar Khaji, ranghoher Berater für besondere politische Angelegenheiten des iranischen Außenministers Mohammed Dschawad Sarif, Israel für seine "aggressive und feindliche" Politik in Syrien. Während iranische Kräfte in Syrien auf Wunsch der syrischen Regierung operierten, um Terroristen zu kämpfen, "unterstützt Israel sie", so Khaji.

"Unsere Präsenz in Syrien zielt darauf ab, ISIS [Islamischer Staat] und andere Terrorgruppen zu bekämpfen. Aber wenn Israel die "roten Linien" überschreiten will, wird es mit der härtesten Antwort zu tun haben, die sie ihr Handeln bereuen lassen wird."

Es sei zudem an den Kräften, die Teile Syriens illegal besetzt hielten, das Land zu verlassen, fügte der Berater hinzu. Bislang erfolglos fordert die legitime syrische Regierung etwa von Washington und Ankara, die von ihnen besetzten Gebiete des Landes zu verlassen.

Wie Al-Arabiya mit Verweis auf die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, handele es sich bei der Zunahme der israelischen Angriffe auf syrisches Territorium in den vergangenen Monaten um einen "von den Vereinigten Staaten gebilligten Schattenkrieg", als Teil der Anti-Iran-Politik. Ziel sei es, die zunehmende Präsenz und den militärischen Einfluss Irans zu untergraben, ohne einen größeren militärischen Konflikt zu riskieren.

Armiyadnr.su: **Der ehemalige Soldat der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Anatolij Taranenko hat sich an die derzeitigen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte mit einem Aufruf gewandt, den Beschuss der Zivilbevölkerung der Donezker Volksrepublik einzustellen, weil darunter Frauen und Kinder leiden. Außerdem rief er die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf, nicht das zu glauben, was die ukrainischen Propagandisten erzählen, aufzuhören zu kämpfen und aus dem Donbass**

abzuziehen, denn die wirklichen Feinde seien die ukrainischen Politiker und Oligarchen und nicht die Einwohner der DVR.

„... Ihr tötet keine russischen Soldaten, die gibt es nicht, hier sind nur Soldaten der Republik und friedliche Einwohner. ... Ihr tötet keinen Feind, sondern solche Frauen und Kinder, wie sie Euch zu Hause erwarten und denken, dass Ihr die Ukraine verteidigt. Aber Ihr verteidigt nichts, Ihr tötet, nicht nur die Bevölkerung, sondern alles, was es hier gibt. Die Donezker Republik ist Euch kein Feind. Das ist alles ukrainische Propaganda. ... Euer wirklicher Feind sitzt in Kiew, in der obersten Staatsmacht, Oberste Rada, Präsident. ... Dreht Eure Truppen um und geht nach Kiew, damit von der Regierung keiner bleibt, dann wird der Krieg enden ... Ihr habe hier nur einige Gedenktafeln für getötete Kinder gesehen, es gibt viele, aber auf einer einzigen, waren schon 50 Kinder verzeichnet. ... Und wenn auf Eure Kinder so geschossen würde? Würde es Euch gefallen, wenn Eure Kinder ermordet würden? Es würde Euch nicht gefallen. Denkt nach. Hört auf. Legt die Waffen dieser ukrainischen Staatsmacht nieder und verlasst die Donezker Volksrepublik. Sie ist nicht Euer Feind, sondern Euer Freund und ein sehr guter Freund.“

Ukrinform.de: **Verhandlungen in Sackgasse, nur die USA können helfen – Arestowytsch**

Die Verschärfung der Lage in Konfliktgebiet in der Ostukraine ist praktisch früher oder später unvermeidbar. Das erklärte der Berater ukrainischen Delegation in der trilateralen Kontaktgruppe zur Lösung der Situation in der Ostukraine für Informationspolitik, Olexij Arestowytsch, gegenüber dem Fernsehsender 24.

Nach seinen Worten werde der Kreml seine „Versuche, uns mit Gewalt zu zerstören, nicht aufgeben“. „Das genaue Datum kann ich nicht sagen, es gibt aber Anzeichen, dass es im Frühling, näher zum Sommer sein kann“, sagte Arestowytsch.

Die Verhandlungen über die Ostukraine laufen dem Berater zufolge schleppend und die Waffenruhe „hängt an einem Haar“. „Da die Situation praktisch in eine Sackgasse geraten ist und nur der Versuch bleibt, die Hilfe der USA in Anspruch zu nehmen, was vielleicht helfen würde, sonst gibt es nichts anders. Aber ich bin zu 100 Prozent sicher, dass Russland eine böse Überraschung vorbereitet und dass dies in irgendeiner Variante die Verschärfung an der Front bedeuten wird“, betonte Arestowytsch.



https://static.ukrinform.com/photos/2020_12/thumb_files/630_360_1607679222-526.jpg

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainischen bewaffneten Formationen setzen den Terror gegen die Zivilbevölkerung des Donbass fort, obwohl die Verteidiger der Republik den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands einhalten.

So hat der Präsident der Ukraine gestern nach dem Tod von drei Kämpfern der 81. Luftlandbrigade der ukrainischen Streitkräfte, die beim Ausrücken auf einen Beobachtungsposten im Gebiet von Nowoluganskoje auf eigene Minen geraten waren, dem Generalstabschef der Ukraine Chomtschak den Auftrag erteilt, persönlich in das OOS-Gebiet zu reisen, um eine Ermittlung zu diesem Fall vorzunehmen.

Chomtschak, der aufgrund der starken Zunahme von nicht kampfbedingten Verlusten in den letzten zwei Wochen um seine Reputation fürchtet, erteilte einer gemischten Abteilung des Spezialzentrums „West“ den Auftrag, einen aufsehenerregenden Diversionsakt durchzuführen, um die Aufmerksamkeit der ukrainischen Öffentlichkeit umzulenken und die negative Reaktion zu vermindern.

Als Objekt des Terrorakts wählten die ukrainischen Kämpfer das Auto eines Soldaten der Volksmiliz der DVR, installierten eine Sprengeinrichtung am Boden des Autos, die in einem Wohngebiet von Gorlowka detoniert.

Der Verteidiger der Republik, der das Fahrzeug lenkte, wurde verletzt, derzeit ist er in einer medizinischen Einrichtung, er erhält alle notwendigen ärztlichen Behandlungen.

Wir merken an, dass die sogenannten ukrainischen „Spezialkräfte“ durch den Einsatz von terroristischen Methoden des Krieges bewusst Leben und Gesundheit friedlicher Bürger gefährden.

de.rt.com: **Putin: Unsere Gegner nutzen Nawalny nur für ihre eigenen Interessen aus**
Der russische Präsident Wladimir Putin hat bei einem Treffen mit russischen Medienchefs und Redakteuren am Mittwoch die jüngsten Proteste im Land sowie die Möglichkeit einer Internetsperre angesprochen.

Im Video, das am Samstag veröffentlicht wurde, meint Putin, dass der inhaftierte Aktivist Alexei Nawalny nur als Mittel zum Zweck vom Westen unterstützt werde und Gegner Russlands schon immer auf ehrgeizige, machthungrige Figuren setzten, um sie für ihre Interessen zu missbrauchen. In Bezug auf die Proteste, die in Solidarität mit dem russischen Oppositionellen Alexej Nawalny stattgefunden haben, sagte Putin, dass sie "genau in dem Moment angefacht werden, in dem in Ländern auf der ganzen Welt, einschließlich unserem eigenen, die Menschen müde, irritiert und unzufrieden sind über die Bedingungen, in denen sie leben, und über ihr Einkommen." Er fügte hinzu, dass Sanktionen und andere Aktionen dazu dienen, Russlands Wachstum einzuschränken, und Teil dieser Politik der Eindämmung seien, da der Westen zunehmend durch Errungenschaften aus Russland, wie etwa den Impfstoff Sputnik V, beunruhigt sei und seine "Eindämmungspolitik" auch auf wirtschaftlicher Ebene verfolge.

Was Beschränkungen im Internet angehe, versicherte er persönlich solche nicht zu wollen. "Ich persönlich habe nicht den Wunsch, (das Internet) zu beschränken oder strengere Regeln aufzustellen. [...] Wir werden nichts tun, was unseren Bürgern oder Internetnutzern Probleme bereitet – also keine Maßnahmen ergreifen, nur weil wir sie nicht mögen oder weil sie etwas Schlechtes über einige Beamte geschrieben haben. Nein, natürlich nicht. Aber wenn es zu feindseligen Aktionen kommt, werden wir das nicht ignorieren können."

<iframe width="866" height="487" src="https://www.youtube.com/embed/cmmlqFT0qH0" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/cmmlqFT0qH0>

Dan-news.info: „Gegen 8:00 Uhr detonierte in Gorlowka eine selbstgebaute Sprengereinrichtung unter dem Auto, in dem sich der Kommandeur des 1. Bataillons befand. Man kann sagen, dass es sich um einen Terrorakt handelt“, teilte die Volksmiliz mit. Der Soldat erlitt Splitterverletzungen. Er befindet sich zur Zeit im Krankenhaus. Der stellvertretende Informationsminister der DVR Daniil Bessonow teilte mit, dass sich im

Auto des Bataillonskommandeurs auch dessen Tochter befand.

„Vor etwa einer Stunde wurde in Gorlowka ein Terrorakt begangen. Es ging eine selbstgebaute Sprengvorrichtung los, die am Boden des Autos des Bataillonskommandeurs mit Codenamen „Dlinnyj“ befestigt war, der zu dieser Zeit seine Tochter in die Schule brachte. Der Bataillonskommandeur und seine Tochter sind derzeit im Krankenhaus“, schrieb Bessonow in seinem Telegram-Kanal.

nachmittags:

snews.de: **Kataloniens Separatisten festigen Mehrheit – Sozialisten sehr stark und gegen Abspaltung**

Separatistische Parteien haben am Sonntag bei der Parlamentswahl in der spanischen Region Katalonien ihre Mehrheit verteidigt und die meisten Parlamentssitze erobert. Drei Parteien, die für die Loslösung von Madrid eintreten, können nach Auszählung von 99 Prozent der Stimmen mit 74 von 135 Sitzen im Regionalparlament rechnen.

Sie können damit wie schon bisher eine Regionalregierung in Barcelona bilden und den Konfrontationskurs für die Unabhängigkeit der im Nordosten Spaniens gelegenen Region fortsetzen.

Nicht nur die Separatisten gingen gestärkt aus der Wahl hervor. Die Sozialisten erzielten die meisten Stimmen und kamen auf knapp 23 Prozent und 33 Sitze, fast doppelt so viel wie 2017. Sie sind zwar gegen die Unabhängigkeit, aber zu Verhandlungen bereit.

Illa beansprucht Amt des regionalen Regierungschefs

Ihr Spitzenkandidat, der bisherige spanische Gesundheitsminister Salvador Illa, rief Spanier und Katalanen zur Versöhnung auf. Zugleich meldete er seinen Anspruch auf das Amt des regionalen Regierungschefs an.

Das dürfte allerdings schwierig werden. Denn diesen Posten reklamierte in der Wahlnacht auch der Spitzenkandidat der linken separatistischen Partei ERC, Pere Aragonès. Seine Partei erhielt zwar mit gut 21 Prozent etwas weniger Stimmen, aber ebenso viele Sitze wie die Sozialisten: 33. Das liegt daran, dass Wählerstimmen aus ländlichen Regionen mit eher separatistischer Wählerschaft mehr Gewicht haben als Stimmen in großen Städten wie Barcelona.

Aragonès kündigte an, er werde sich um ein Bündnis der Kräfte bemühen, die für eine Amnestie der inhaftierten Separatistenführer und für das Recht auf Selbstbestimmung Kataloniens sind. Da bietet sich wie schon in der abgelaufenen Legislaturperiode JuntsxCat an, die separatistische Partei des in Belgien im Exil lebenden Ex-Regionalpräsidenten Carles Puigdemont, die mit gut 20 Prozent und 32 Sitzen auf Platz drei landete.

Illa kann nur hoffen, dass sich die linke ERC und die liberal-konservative JuntsxCat nicht einig werden.

Separatisten gegen Zusammenarbeit mit Sozialisten

Eigentlich wären die Sozialisten der passendere Partner für die ERC, deren Abgeordnete im Nationalparlament in Madrid die Minderheitsregierung unter Führung des sozialistischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez unterstützen. Aber da steht der Streit um die Unabhängigkeit im Weg. Zudem haben alle separatistischen Parteien schriftlich vereinbart, auf keinen Fall mit Illa zu paktieren. Die Separatisten sind sich auch darüber nicht einig, wie es nun in Richtung Unabhängigkeit weitergehen soll.

Spaniens größte Oppositionspartei, die konservative Volkspartei, erlitt eine herbe Niederlage. Sie landete mit nur noch 3,8 Prozent und 3 Sitzen auf dem letzten Platz und wurde von der rechtspopulistischen Vox-Partei übertroffen, die auf 7,7 Prozent und 11 Sitze kam. Einen Absturz erlitt die liberale Ciudadanos-Partei, die nach einem Rechtsschwenk 30 ihrer bisher 36 Sitze verlor.

Rund 5,6 Millionen Menschen waren zur Parlamentswahl aufgerufen worden. Angesichts der Corona-Pandemie betrug die Wahlbeteiligung aber nur 53,56 Prozent – wesentlich weniger als bei der Wahl von 2017, als sie einen historischen Höchststand von 79 Prozent erreichte.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/0e/904582_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_c4de43a15588759168f56c379aaf03d6.jpg

snanews.de: **Russlands Außenminister zu „wahrer Demütigung“ der EU und Beziehungsabbruch**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat nach dem Treffen mit seinem finnischen Amtskollegen Pekka Haavisto der EU den schrittweisen Abbruch der Beziehungen zu Russland vorgeworfen.

Die bilateralen Beziehungen bestehen Lawrow zufolge derzeit aus „seltenen Treffen“, auf denen vor allem die Interessen Brüssels erörtert werden. Moskau sei aber bereit, zu normalen Beziehungen zurückzukehren, dafür sollten aber die Partner auch die russischen Interessen in Betracht ziehen, sagte Lawrow am Montag in St. Petersburg.

„Wir sind bereit, jegliche Fragen von beiderseitigem Interesse zu besprechen. In jedem Fall bedeutet das Auftreten gelegentlicher Besprechungen jedoch nicht unbedingt eine Beziehung“, sagte Lawrow.

Moskau müsse für jede Entwicklung von Ereignissen bereit sein. „Die Wahl liegt bei der Europäischen Union. Wenn sie entscheidet, dass die Beziehungen wiederhergestellt werden müssen, und die Maßnahmen zu deren Abbruch umkehrt, sind wir auch dazu bereit“, sagte Lawrow weiter.

Dabei betonte der russische Außenminister, dass man die EU nicht mit Europa verwechseln solle. Russland bleibe immer noch in Europa, wo es viele Gesinnungsfreunde habe.

Die wahre Demütigung

Lawrow kommentierte auch die aus der EU verlauteten Aussagen, dass der Besuch des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell in Russland vorige Woche mit einer Demütigung endete. Laut Lawrow sei es zu einer wahren Demütigung der EU im Jahr 2014 gekommen, als in der Ukraine ein Staatsstreich stattfand.

„Die EU zeigte damals ihre Hilflosigkeit in Bezug auf die Einigung, die unmittelbar vor dem Staatsstreich zwischen der Regierung und der Opposition erzielt wurde und unter der die Unterschriften von Deutschland, Frankreich und Polen gestellt wurden.“

Die ukrainische Opposition pfeife auf diese Unterschriften wie auch auf die Meinung der EU, die darin bestand, dass die Vereinbarung unbedingt erfüllt werden soll, so Lawrow.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/0f/916552_0:0:2951:1660_1440x0_80_0_0_35904d97e52a33ec35fbc4a8e684ef90.jpg

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 15. Februar 2021**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **zweimal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt**.

So haben Kämpfer des 3. mechanisierten Bataillons der 72. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen **Spartak** mit Antipanzergranatwerfern beschossen und vier Granaten auf die Ortschaft abgefeuert.

In Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer des 1. Bataillons der 28. Brigade der BFU **Befestigungsarbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen** im Gebiet von Marjinka durchgeführt.

Die Verteidiger der Republik sind auf die Provokationen nicht eingegangen, halten das Regime des Waffenstillstands streng ein und beobachten weiter den Gegner.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis zu geben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Außerdem wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **zwei Schützenpanzerwagen** aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade der BFU in der Tschkalow-Straße **in einem Wohngebiet von Bogdanowka** stationiert sind.

Nach einem weiteren nicht kampfbedingten Verluste in den Reihen der Kämpfer im Gebiet der OOS-Zone hat der Präsident der Ukraine Selenskij, der fürchtet, dass all dies sich direkt auf sein Rating auswirkt und die Unzufriedenheit im Land steigert, den Leiter des Generalstabs der Ukraine Chomtschak außerplanmäßig in die operativ-taktische Gruppierung „Nord“ entsandt, um eine detaillierte Ermittlung durchzuführen und die schuldigen Funktionsträger zu entdecken.

Wir erinnern daran, dass eine Gruppe ukrainischer Kämpfer aus der 81. Luftlandebrigade, die die Einheiten der 59. Panzergrenadierbrigade verstärken, am 14. Februar beim Ausrücken auf einen Beobachtungsposten im Gebiet von Nowoluganskoje auf eine ukrainische Mine gerieten, in der Folge starben drei Kämpfer.

Das Büro des Präsidenten der Ukraine, das darauf hingewiesen hatte, dass die bewaffneten Formationen der Ukraine nicht kampfbedingte Verluste während der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung durch die Volksrepubliken erleiden, hat Chomtschak in eine schwierige

Lage gebracht.

Um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von diesem Vorfall abzulenken, hat Chomtschak zu terroristischen Kriegsmethoden gegriffen und befohlen, einen aufsehenerregenden Diversionsakt durchzuführen. In Ausführung des verbrecherischen Befehls wurde ein gemischte Abteilung des Spezialzentrums „WEST“ herangezogen. Als Ziel des Terroraktes wurde das Auto eines Verteidigers der Republik gewählt, das trotz der Gefahr für Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung in einem Wohngebiet von Gorlowka vermint und gesprengt wurde. Der Soldat der Volksmiliz wurde verletzt, er wurde in eine medizinische Einrichtung eingeliefert.

Wir merken an, dass diese ukrainische terroristische Operation von Chomtschak nicht mit Kiew abgestimmt worden war und auf seinen direkten Befehl durchgeführt wurde, was von der Unfähigkeit der politischen Führung der Ukraine, das Verteidigungsministerium des Landes zu kontrollieren, zeugt, was zu einer Verschärfung der Lage im Donbass durch die Schuld der ukrainischen Seite führt.

Mit der Vorbereitung derartiger terroristischer Akte befassen sich nicht nur die ukrainischen bewaffneten Formationen, sondern auch Spezialdienste der Ukraine.

So wurde uns bekannt, dass auf Anfrage der Hauptabteilung des SBU in der Donezker Oblast vom Stab der OOS eine Gruppe von Pionieren der 53. mechanisierten Brigade der BFU mit der Formulierung „zur Ausführung von Spezialaufgaben zur Verminung von Örtlichkeiten im Verantwortungsbereich der Brigade“ zur Verfügung gestellt wurde. In der Anforderung wurde darauf verwiesen, dass die Gruppe mit fünf Antipanzer- und zehn Antipersonenminen sowie mit Fernzündern für Sprengeinrichtungen ausgerüstet sein soll.

Wir verfügen über Informationen, dass diese Gruppe von Pionieren unter Leitung von Mitarbeitern des SBU seit einer Woche im Gebiet des KPP „Nowotroizkoje“ auf einer der Schotterstraßen, die an den KPP angrenzen, arbeiten. Wir schließen nicht aus, dass ihre Aktivitäten mit der Vorbereitung von Provokationen zusammenhängen, um zu versuchen, die Republik der Erkundungs- und Diversionstätigkeit zu beschuldigen.

Das Gebiet des KPP wurde von den Vertretern des SBU nicht zufällig ausgewählt. Die ständige Ansammlung von Zivilisten in Warteschlangen am Übergang würde es erlauben, die Provokation weitaus aufsehenerregender zu machen und die Glaubwürdigkeit einer angeblich zufälligen Anwesenheit eines Filmteams ukrainischer Propagandisten zu gewährleisten, deren Reportage als exklusives Material ausgegeben werden wird.

Diese Aktivitäten beweisen ein weiteres Mal, dass das Kiewer Regime bereit ist, sich in Bestreben, die Republik der Verletzung des Waffenstillstands zu beschuldigen, auf jegliches Verbrechen einzulassen.

snews.de: **Teheran will Durchbruch im Atomstreit und droht mit Einschränkungen**

Der Iran droht mit starken Einschränkungen bei IAEA-Inspektionen, falls es bis zum Monatsende keinen Durchbruch im Atomstreit mit den USA geben sollte. Der Zugang der Inspektoren zu den iranischen Atomanlagen auf Basis des IAEA-Zusatzprotokolls ist Teil des Wiener Atomabkommens von 2015, das Teheran vom Bau einer Atombombe abhalten sollte. „Falls das Atomabkommen bis Ende Februar nicht vertragsgerecht umgesetzt ist, sind wir laut Parlamentsbeschluss verpflichtet, die Umsetzung des IAEA-Zusatzprotokolls zu suspendieren“, sagte Außenamtssprecher Said Chatibsadeh am Montag. Falls der Abkommensteil wegfallen sollte, bliebe von dem Abkommen de facto nichts mehr übrig. Nach dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen hat auch der Iran seit Mai 2019 schrittweise alle technischen Vorlagen in dem Deal ignoriert. Unter anderem hat das Land mit einer höheren Urananreicherung sowie der Produktion von Uranmetall begonnen, arbeitet nun mit schnelleren Zentrifugen und lagert weitaus mehr Uran als der Atomdeal erlaubt.

"Unser Ziel ist ein friedliches Atomprojekt"

Für Verwirrung sorgte zuletzt auch der iranische Geheimdienstchef Mahmud Alawi. Dieser

brachte in einem Fernsehinterview indirekt das Thema Atombombenbau ins Spiel, falls die lähmenden US-Sanktionen nicht umgehend aufgehoben würden. Dies jedoch wies Chatibsideh zurück.

„Unser Ziel ist ein friedliches Atomprojekt und daran hat sich auch nichts geändert (...), aus islamischer Sicht ist die Produktion von Massenvernichtungswaffen weiterhin verboten“, sagte der Sprecher im Staatsfernsehen.

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump war im Mai 2018 aus dem internationalen Atomvertrag ausgetreten. Mit harten Sanktionen und einer Politik des maximalen Drucks wollte er die iranische Führung dazu bewegen, ein Abkommen mit stärkeren und längerfristig geltenden Auflagen zu verhandeln. Besonders die Sanktionen führten im Iran zu der schlimmsten Wirtschaftskrise in seiner Geschichte.

Rohani hofft auf US-Kurswechsel unter Präsident Biden

Der iranische Präsident Hassan Rohani hofft weiterhin auf einen Kurswechsel der USA unter Präsident Joe Biden, um sowohl den Atomdeal als auch das Land vor einem wirtschaftlichen Kollaps zu retten. Dafür müssten aber laut Rohani die USA – und nicht der Iran – den ersten Schritt tun und zunächst zum Verhandlungstisch zurückkehren.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/13/589924_0:118:3220:1929_1440x0_80_0_0_a30b8204731a4df6f0492f3f404eed7d.jpg

deu.belta.by: **Belarussische Abgeordnete beraten Ergebnisse der AVV mit PCPE-Vertretern**

Eine Videokonferenz mit Vertretern der Kommunistischen Partei der Völker Spaniens (PCPE) hat in der Repräsentantenkammer stattgefunden. Das gab das Mitglied der Ständigen Kommission für Bildung, Kultur, Wissenschaft der Repräsentantenkammer, Sergej Klischewitsch, einem BelTA-Korrespondenten bekannt.

„Während des Treffens fand ein Meinungs austausch über die neuesten Entwicklungen in Belarus statt, darunter auch über die Ergebnisse der Allbelarussischen Volksversammlung (AVV). Die spanischen Kommunisten brachten ihre Unterstützung für die Belarussen im Kampf gegen die brutale Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes zum Ausdruck und unterstützten unsere Politik der Stärkung der sozialen Rolle des Staates. Soziale Garantien für die Jugend wurden separat diskutiert. Übrigens: In Spanien liegt die Arbeitslosenquote unter jungen Menschen bei 40%“, erzählte Sergej Klischewitsch. Die Vertreter der Kommunistischen Partei der Völker Spaniens lobten die belarussischen Ansätze im Kampf gegen die Pandemie. „Es ist auch anzumerken, dass im Ergebnis der Debatte im Europäischen Parlament am 9. Juli 2020 der Vertreter der Kommunistischen Partei Spaniens Manu Pineda der einzige war, der die Einführung von Sanktionen gegen Belarus nicht unterstützte“, fügte der Parlamentarier hinzu.

Die Kommunistische Partei der Völker Spaniens (PCPE) ist die viertgrößte politische Partei in Spanien.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1613392481_55865_big.jpg

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij
Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den vergangenen 24 Stunden **zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers Fedossenko **Kalinowo** und **Kalinowo-Borschtschewatoje** mit automatischen Granatwerfern, Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen. Insgesamt wurden auf die Ortschaften zehn Granaten abgefeuert.

Unter Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiterhin **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf dem von der Ukraine kontrollierten Gebiet. Im Verantwortungsbereich der 59. Panzergrenadierbrigade wurde die Stationierung von einem gepanzerten Aufklärungs- und Spähfahrzeug in der Nähe von Luganskoje bemerkt. Sich hinter friedlichen Einwohnern versteckend fühlen sich die ukrainischen Kämpfer sicher. Wir rufen die Bevölkerung des Donbass auf den von den ukrainischen Straftruppen besetzten Territorien auf! Seien Sie wachsam! Gefährden Sie nicht ihr Leben! Zum Schutz gegen die Willkür der ukrainischen Truppen informieren Sie Vertreter der internationalen Organisationen UNO und OSZE über alle Verletzungen ihrer Rechte und Freiheiten. Die Einheiten der Volksmiliz beobachten ständig den Gegner, halten streng die Bedingungen des geltenden Waffenstillstands ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos, operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren.

snanews.de: „**Wir wollen die Wahrheit wissen**“ – **Gaddafi-Berater über Aufstände in Libyen vor zehn Jahren**

Mit Steinen und Brandsätzen bewaffnet, stürmten Aufständische am 15. Februar 2011 die libysche Stadt Bengasi, um gegen die Festnahme eines lokalen Aktivisten zu protestieren. Der sog. Arabische Frühling war da schon voll im Gange. Die Zusammenstöße eskalierten, Libyen ist in einem vom Ausland befeuerten Bürgerkrieg versunken.

An diesem Montag, dem 15. Februar 2021, ist es genau zehn Jahre her, dass die sog. Libysche Revolution begann: eine Serie von Aufständen, die letztlich eine Nato-Intervention nach sich zog. Und die Spaltung des Staates in zwei labile kleinstaatliche Gebilde. Aus einem der wohlhabendsten afrikanischen Länder hat sich Libyen in einen gescheiterten Staat verwandelt.

Im exklusiven SNA-Interview [erinnert](#) sich Ahmed Gaddaf al-Dam, ehemaliger Berater und Cousin des damaligen libyschen Machthabers, an die Ereignisse von 2011.

„Im Namen der Gerechtigkeit sollte es eine Untersuchung dessen geben, was damals in Libyen geschah“, sagt er. „Libyen war keine Bedrohung für den Weltfrieden, um eine Intervention des Sicherheitsrates dieser Art zu rechtfertigen.“

Damit verweist der Politiker auf die Resolution des UN-Sicherheitsrats von 2011, in der das Organ der Vereinten Nationen eine sofortige Waffenruhe forderte und eine Flugverbotszone über Libyen verhängte.

„Aber selbst damit schrieb der Sicherheitsrat noch keine derart massiven Angriffe gegen Libyen vor: 40.000 Luftschläge, zehntausende Raketen vom Land und vom Meer her“, erinnert sich der ehemalige Gaddafi-Berater.

Gaddafis Hinrichtung am 20. Oktober 2011 wertet Ahmed Gaddaf al-Dam als ein „Kriegsverbrechen“. Es müsse eine Untersuchung geben, um die Verantwortlichen für diesen Mord auszumachen. „Wir wollen heute die Wahrheit wissen“, fordert er.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/0f/918089_0:37:2499:1443_1440x0_80_0_0_4d1c3c9dfc91a29e1b198c0e2947b09d.jpg

ukrinform.de: **Russland verhängt Sanktionen gegen ukrainische Unternehmen „Zentrenergo“ und „Ukroboronprom“**

Russland hat Wirtschaftssanktionen gegen den Stromproduzenten „Zentrenergo“ und den Rüstungskonzern „Ukroboronprom“ verhängt.

Die Sanktionsliste wurde von 68 auf 84 juristische Personen aus der Ukraine erweitert, wie es aus einer Verordnung der russischen Regierung vom 12. Februar hervorgeht. Die Sanktionen sehen unter anderem Kontosperrungen und das Einfrieren von Vermögenswerten in Russland vor. Zuvor wurde über die Sanktionen gegen Unternehmen aus Odessa „Donmar“, „Kranship“ und ihre Tochtergesellschaften „Transship Balk“ und „Transship Service“, zwei Unternehmen aus Dnipro „Maxim Metall Service“ und „Solar Stalkonstrukzija GmbH“ und gegen zwei juristische Personen, die in Poltawa „Autoaggregatwerk“, (öffentliche Aktiengesellschaft) und in Panama „Kirgan Holding S.A.“ registriert wurden, bekanntgegeben.

Die russische Regierung verhängte die Sanktionen gegen Unternehmen und Einzelpersonen aus der Ukraine im Oktober 2018. Auf der Sanktionsliste standen damals 322 ukrainische Bürger und 68 juristische Personen.

Deu.belta.by: **Ratschkow: Entschließung des Europäischen Parlaments zu BelAKW zeigt, dass man dieses internationale Projekt nicht objektiv bewerten will**

Die Entschließung des Europäischen Parlaments zu BelAKW zeigt, dass europäische Abgeordnete dieses internationale Projekt zur Errichtung des Atomkraftwerkes in Belarus

nicht objektiv bewerten wollen. Diese Meinung sprach der Vorsitzende der Ständigen Kommission des Rates der Republik für internationale Angelegenheiten und nationale Sicherheit Sergej Ratschkow aus. Das gab der Pressedienst der oberen Kammer des Parlaments bekannt.

„Europäische Abgeordnete setzten in die Entschließung falsche Angaben ein, ohne auf die Schlussfolgerungen der europäischen Regulierungsbehörden über Sicherheitsmaßnahmen des Atomkraftwerkes zu warten. Sie ersetzten somit die zuständige Meinung der internationalen und europäischen IAEA-Einrichtungen und der Europäischen Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (ENSREG), berechtigten sich unbegründet dazu, über technische Aspekte auf dem Gebiet zu urteilen“, sagte Sergej Ratschkow. Ihm zufolge politisiert das europäische Parlament absichtlich die Errichtung des Belarussischen Atomkraftwerkes und sieht das Wichtigste nicht. Belarus demonstriert mit seinen folgerichtigen Handlungen die Treue zur Politik eines offenen und professionellen Dialogs mit allen interessierten Ländern und Ressortorganisationen zur Gewährleistung der globalen Atomsicherheit im Allgemeinen und nachhaltigem Betrieb des Belarussischen Atomkraftwerkes. „Ich bin sicher, dass die Entwicklung der Atomenergie in Belarus einen beachtlichen Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen und dementsprechend zur Umsetzung des Pariser Abkommens leistet“, fügte der Abgeordnete hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1613402495_55874_big.jpg

abends:

dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin besuchte heute Jenakiewo.

Unter anderem traf er sich mit Studenten des Jenakiewaer Berufsslyzeums.

Eine der Fragen der Studenten betraf die Möglichkeit, ihre Stipendien auf das Niveau der Stipendien in technischen Fachhochschulen zu erhöhen. Das Republikoberhaupt versprach, das Bildungs- und Wissenschaftsministeriums anzuweisen, diesen Vorschlag aufzunehmen. „Ich verspreche Ihnen, mich um diese Frage zu kümmern. Unter Berücksichtigung dessen, dass wir in allen Bereichen auf russische Standards übergehen, unter anderem auch im gesetzgeberischen Bereich“, sagte er.

Bei dem Treffen gab es auch Fragen zur Ausgabe von DVR-Pässen an Minderjährige, die Organisation zusätzlicher Busse für Studenten am Abend, zur Renovierung der Mensa der Bildungseinrichtung.

Berufsslyzeen gehören – wie auch Colleges, technische Fachhochschulen, Zentren der beruflich-technischen Bildung, Berufsfachschulen – zum System der mittleren Berufsbildung.

Insgesamt gibt es auf dem Territorium der DVR etwa 100 solcher Einrichtungen. Darunter sind etwa 20 Berufslizeen, sie sind in mehreren Städten konzentriert, unter anderem in Donezk, Makejewka, Gorlowka, Jenakiewo, Charzysk, Schachtjorsk, Jasinowataja. Derzeit betragen die Stipendien für die Schüler in Facharbeiterberufen etwa 600 Rubel, für Studenten auf dem Niveau von Spezialisten der mittleren Ebene 1320 Rubel.

snanews.de: **Kleine Anfrage im Bundestag im Fall Nawalny: Bundesregierung nennt Einzelheiten**

Laut einer Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der AfD-Fraktion bezüglich des mutmaßlichen Anschlags auf den russischen Blogger Alexej Nawalny sind die konstatierten Spuren des chemischen Kampfstoffs in dessen Blut und diejenigen auf der kontaminierten Wasserflasche und den weiteren Gegenständen identisch.

Das entsprechende Dokument von Montag steht der SNA News zur Verfügung.

Auf die Frage, welche Behörde nach Kenntnis der Bundesregierung wann festgestellt habe, dass die Wasserflasche und andere Gegenstände kontaminiert worden seien, hieß es, es könnten darüber keine weiterführenden Angaben gemacht werden.

„Gegenstand der Frage sind solche Informationen, die in besonders hohem Maße das Staatswohl berühren und daher selbst in eingestufte Form nicht beantwortet werden können“, so die Bundesregierung.

Auch auf die Fragen, wer nach Kenntnis der Bundesregierung wem zu welchem Zeitpunkt bzw. welcher Behörde die nach ihren Angaben kontaminierte Wasserflasche bzw. die weiteren kontaminierten Gegenstände übergeben habe und wo diese sich derzeit befinden würden, lautete die Antwort, dass keine weiterführenden Angaben gemacht werden könnten.

Zudem gab die Bundesregierung an, es würden keine Erkenntnisse vorliegen, dass das Personal, welches Nawalny in der Charite betreute, bei dem Umgang mit einer Person, die mutmaßlich mit einem hochgiftigen Kampfstoff kontaminiert wurde, die erforderliche Schutzbekleidung getragen habe, hieß es weiter.

Ab seiner Landung in Deutschland bis zu seiner Wiederausreise sei Nawalny in Deutschland geschützt worden, so die Regierung in Berlin weiter.

„Vom 22. August 2020 bis zum 31. August 2020 erfolgte dies durch Beamte der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes. Im Anschluss übernahmen die zuständigen Landeskriminalämter den Schutz“, lautete die Antwort auf die entsprechende Frage.

Fall Nawalny

Alexej Nawalny war am 20. August auf einem Inlandsflug (Tomsk – Moskau) zusammengebrochen. Er wurde zunächst in einem Omsker Krankenhaus behandelt und dort in ein künstliches Koma versetzt. Der 44-Jährige wurde später auf Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt. Anfang September wurde Nawalny aus dem Koma geholt und bereits am 23. September aus der Berliner Charité entlassen.

Die Bundesregierung sprach bereits am 2. September von einer Vergiftung Nawalnys mit einem Nervenkampfstoff der „Nowitschok“-Reihe, nachdem Untersuchungen eines Spezial-Labors der Bundeswehr die Belege dafür geliefert hätten.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat bei einem jüngsten Treffen mit den Chefredakteuren mehrerer russischer Medien Einzelheiten seines ersten Telefongesprächs mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron nach der mutmaßlichen Vergiftung des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny bekanntgegeben.

Wie ein Teilnehmer des Treffens gegenüber SNA mitteilte, soll Putin bereits in diesem ersten Telefongespräch die Hilfe der russischen Experten bei der Untersuchung der entnommenen Proben angeboten haben. Er habe außerdem dem französischen Staatschef versichert: Sollte man auch die geringste Spur eines Gifts darin entdecken, werde Russland „in derselben Sekunde“ ein Strafverfahren einleiten.

Putin soll auch eine andere Möglichkeit der Zusammenarbeit vorgeschlagen haben, und zwar

Experten nach Russland kommen zu lassen und die hierher gebrachten Proben zu untersuchen. Macron soll alles abgelehnt und zugleich gesagt haben, dass Russland nicht zusammenarbeiten wolle. Dies habe den russischen Staatschef bestimmt überrascht. Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte Anfang Februar, dass die Vorgehensweise der deutschen Behörden allen Grund geben würde, die Situation mit Nawalnys Vergiftung als Inszenierung zu betrachten.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/0f/920825_0:33:3583:2048_1440x0_80_0_0_cb0d843e34b160c04cf6b7c9d1df4246.jpg

snaneews.de: **Nato-Führung will mehr Geld: Zum Beispiel für Truppen im östlichen Bündnisgebiet**

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg will Deutschland und die anderen Allianzpartner laut DPA dazu bewegen, mehr Geld für das transatlantische Militärbündnis auszugeben. Stoltenberg will bei einem Online-Treffen der Nato-Verteidigungsminister am Mittwoch ein Paket vorstellen, das auch den Vorschlag beinhaltet, dem Militärbündnis mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Laut der DPA sprach der Generalsekretär am Montag in Brüssel davon, dass das zusätzliche Geld für die Stationierung von Nato-Truppen in den östlichen Mitgliedsstaaten eingesetzt werden könnte – sowie für Luftüberwachungseinsätze und Manöver.

Die zusätzlichen Ausgaben würden das Versprechen zur gegenseitigen Verteidigung untermauern und zu einer faireren Lastenteilung beitragen. Auch die Einhaltung von Mindeststandards in der Verteidigung mache die zusätzlichen Ausgaben erforderlich. Außerdem plädierte Stoltenberg laut DPA für eine stärkere politische Koordinierung unter den 30 Nato-Staaten. Das strategische Konzept des Militärbündnisses bedarf seiner Meinung nach einer Überarbeitung.

Die Mitgliedsstaaten werden über die Vorschläge von Stoltenberg in den nächsten Wochen beraten. Möglicherweise könnten die Staats- und Regierungschefs der Nato-Länder den Vorschlägen nach den Beratungen dann beim nächsten Gipfeltreffen zustimmen. Ein Termin dafür steht allerdings noch nicht fest.